

**WOHLFAHRTSSTAATLICHE REFORMPOLITIK IM INTERESSE DER ARBEITNEHMERINNEN NACH DEM „GOLDENEN ZEITALTER“ DES WOHLFAHRTSSTAATES?  
DIE BEISPIELE DÄNEMARK UND SCHWEDEN**

*Marcel Fink*

Wohlfahrtstaatliche Politik, welche historisch wesentlich auf arbeitnehmerInnenseitigen Interessen fußt, geriet in den letzten beiden Dekaden in unterschiedlicher Weise vermehrt unter Druck. Vor dem Hintergrund von zum Teil tatsächlich veränderten Rahmenbedingungen mehrten sich dahingehende Interpretationen, dass ein breit ausgebauter Wohlfahrtsstaat u. a. vor dem Hintergrund von wirtschaftlicher Internationalisierung und so genannter „Globalisierung“ immer weniger mit dem Ziel wirtschaftlicher Prosperität kompatibel sei.

Der vorliegende Beitrag analysiert die diesbezüglichen Entwicklungen im Rahmen einer qualitativen Fallstudie anhand zweier Länder, welche im internationalen Vergleich traditionell über besonders umfassend ausgebaute soziale Sicherungssysteme verfügen: Dänemark und Schweden. Die Untersuchung kommt erstens zu dem Schluss, dass die wirtschaftlichen Probleme, welche sich in Dänemark und Schweden zu Ende der 1980er/zu Anfang der 1990er Jahre zeigten, mit anderen und breiter liegenden Ursachen, namentlich mit einer verfehlten makroökonomischen Globalsteuerung, in Zusammenhang stehen als generell mit einem „zu stark ausgebauten“ Wohlfahrtsstaat. Zweitens macht die nachfolgende Entwicklung deutlich, dass wirtschaftliche Prosperität und eine günstige Entwicklung auf den Arbeitsmärkten nach wie vor auch unter Bedingungen hoher sozialstaatlicher Leistungsstandards, geringer Einkommensdifferenzierung und generell relativ geringer sozialer Ungleichheit möglich sind.